

# „Absolute Existenznot“

**Umfragebericht: Aus für den Zuverdienst neben dem AMS**



## Inhalt

<b>INHALT</b> .....	<b>2</b>
<b>EXPOSÉ</b> .....	<b>3</b>
<b>TEILNEHMENDE</b> .....	<b>3</b>
<b>BETROFFENHEIT</b> .....	<b>5</b>
<b>ANALYSE</b> .....	<b>5</b>
<b>AUSGEWÄHLTE RÜCKMELDUNGEN</b> .....	<b>8</b>
<b>ZENTRALE FORDERUNGEN</b> .....	<b>10</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	<b>11</b>
<b>WEITERE MATERIALIEN</b> .....	<b>12</b>

## Exposé

Die Neuregelung zum Zuverdienst während des Bezugs von AMS-Leistungen ab 01.01.2026 trifft die freie darstellende Szene empfindlich. Die von der IG Freie Theaterarbeit (IGFT) durchgeführte Umfrage zeigt deutlich: Für viele Künstler:innen und Kulturarbeiter:innen ist der geringfügige Zuverdienst keine „Nebenoption“, sondern eine zentrale Überlebensstrategie – und zugleich Voraussetzung dafür, in einem projektbasierten Beruf überhaupt arbeitsfähig zu bleiben.

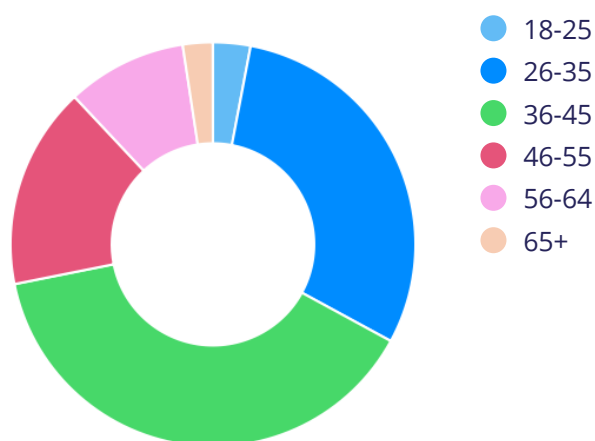
In nur sechs Tagen nahmen 167 Personen aus der darstellenden Szene in Österreich kurzfristig an der Erhebung teil. 64,7 % gaben an, dass die Arbeit in der freien Szene ihr Hauptberuf ist, weitere 34,7 % arbeiten bereits in mehreren Jobs parallel. Besonders alarmierend: Mehr als jede vierte Person (26,9 %) ist aktuell von der Neuregelung betroffen, 61,7 % erwarten Auswirkungen in naher Zukunft. Es handelt sich also nicht um eine Randfrage, sondern um ein Problem, das die gesamte Struktur freier Kulturarbeit betrifft.

Die Umfrage ergab, dass die Streichung bzw. massive Einschränkung des Zuverdienstes nicht zu mehr Beschäftigung führt – sondern zu Projektabsagen, Einkommensverlusten, weniger Sichtbarkeit und letztlich dann auch zum Ausstieg aus dem Beruf. Zahlreiche Rückmeldungen berichten von Existenznot, weil AMS-Leistungen alleine häufig nicht einmal die Fixkosten decken. Viele nennen konkrete Beträge: rund 900 bis 1.000 Euro monatlich bei gleichzeitig hohen Wohnkosten. Der bisherige Zuverdienst – oft bis zur Geringfügigkeitsgrenze – war für viele der einzige Weg, Lücken zwischen Engagements zu schließen, ohne auf Mindestsicherung aufstocken zu müssen (welche wieder von der öffentlichen Hand finanziert werden muss). Künstler:innen bleiben nicht dauerhaft im AMS-Bezug, sondern sind aufgrund ihrer projektweisen Tätigkeiten höchstens ein paar Monate zwischen Engagements und Aufträgen darauf angewiesen.

## Teilnehmende

An der Umfrage nahmen 167 Personen teil, davon sind 130 Mitglieder der IG Freie Theaterarbeit (IGFT).

Alter



Die Altersstruktur zeigt eine Konzentration im mittleren Erwerbsalter:

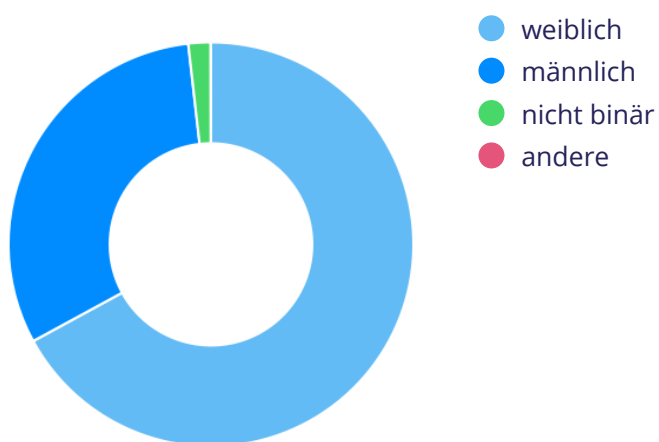
- 36–45 Jahre: 38,9 %

- 26–35 Jahre: 29,9 %
- 46–55 Jahre: 16,2 %
- 56–64 Jahre: 9,6 %
- 18–25 Jahre: 3,0 %
- 65+: 2,4 %

#### Geschlecht

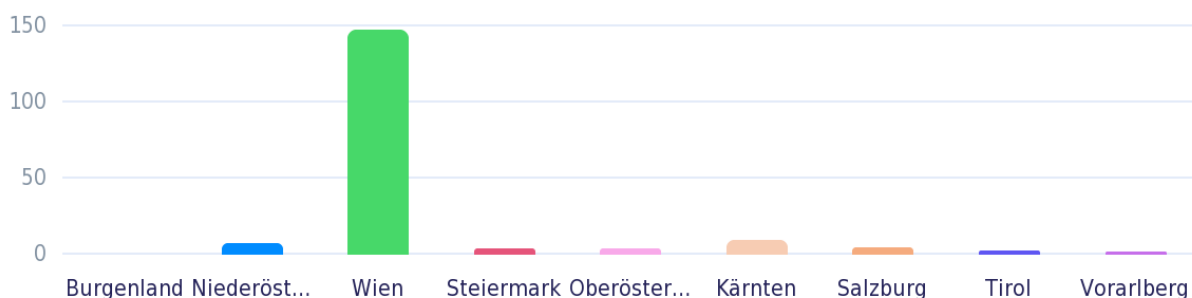
Beim Geschlecht überwiegen weibliche Teilnehmende. Dies spiegelt auch die Anzahl weiblicher Mitglieder bei der IGFT.

- 67,1 % weiblich
- 31,1 % männlich
- 1,8 % nicht-binär



#### Lebens-/Arbeitsmittelpunkt

Der Lebens- und Arbeitsmittelpunkt der Befragten liegt überwiegend in Wien: 148 Personen leben oder arbeiten dort. Weitere Antworten kommen aus Kärnten (10), Niederösterreich (8), Salzburg (5), Steiermark und Oberösterreich (je 4), Tirol (3) und Vorarlberg (2). Aus dem Burgenland gab es keine Rückmeldungen.



## Betroffenheit

Von 167 Teilnehmenden sind 148 derzeit oder künftig von der Neuregelung betroffen. Nur eine Person kann eine der fünf Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen.<sup>1</sup>

Die Kunst- und Kulturarbeit in Österreich besteht überwiegend aus befristeten Projekten bzw. Engagements. Projektzeiträume hängen u.a. stark von Einreich- und Abrechnungsfristen der Förderanträge und ab und sind von Künstler:innen und Kulturarbeiter:innen<sup>2</sup> nur begrenzt steuerbar. Zwischen Projekten entstehen daher regelmäßig beschäftigungsfreie Zeiten, in denen viele auf AMS-Leistungen angewiesen sind, um versichert zu bleiben und ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Diese Phasen sind keine Stillstandszeiten, sondern dienen der Vorbereitung, Recherche und Vernetzung. In dieser Zeit entstehen oft kleinere Engagements oder andere Nebenjobs, die der Vernetzung innerhalb der Szene dienen und langfristig zu größeren Folgeanstellungen führen.

Der Kulturbereich ist zugleich Veranstaltungsbereich und auf flexible, zeitlich begrenzte Einsätze angewiesen. Neben ihren Haupttätigkeiten übernehmen K & KA zahlreiche weitere Aufgaben, u.a.: Lesungen, Off-Theater-Vorstellungen, Vereinsarbeit, Moderationen, Wiederaufnahmen, Workshops (tageweise oder semesterweise), Studioaufnahmen, Drehtage, Fotoshootings, Lehraufträge, Jury- und Gremienarbeit, Veranstaltungstechnik, Vereinsorganisation sowie Proben und Wiederaufnahmeproben. Auch saisonale oder kurzfristige Tätigkeiten gehören dazu. Diese Nebenjobs stabilisieren die Szene, die sich laufend an Formate und Saisonen anpasst.

Besonders Lehrtätigkeiten an Universitäten oder im Rahmen von Workshops sind zentral für die Weitergabe von Wissen, bleiben jedoch oft unter der Geringfügigkeitsgrenze (z. B. Lehrveranstaltungen mit zwei Wochenstunden). Bisher waren solche Tätigkeiten neben dem AMS-Bezug möglich, nun müssen sie aufgegeben werden. Das führt nicht nur zu Personalmangel an wesentlichen Stellen, sondern auch zu unmittelbaren Einkommensverlusten, Wissens- und Präsenzverlust.

## Analyse

Vollzeit- und Daueranstellungen sind v.a in der Freien Szene die Ausnahme, da die finanziellen Mittel fehlen. Entsprechend niedrig fällt das Arbeitslosengeld für die Menschen aus – oft nur wenige hundert Euro. Diese decken oft nicht die grundlegenden Bedürfnisse. Mit Stand Februar 2026 liegt die Mindestsicherungsgrenze in Wien für Alleinlebende bei 1.229,89 Euro – eine Summe, die kaum ein:e K & KA im AMS-Bezug erreicht.

Bislang stockten Betroffene ihr Einkommen durch geringfügige Tätigkeiten auf. Da die meisten nicht unter die neuen Ausnahmeregelungen fallen, bleibt nun häufig nur der Antrag auf Mindestsicherung – was höhere staatliche Kosten verursacht. Die Abschaffung der Geringfügigkeit neben dem AMS-Bezug wird **mit Einsparungen begründet, führt jedoch voraussichtlich zum Gegenteil**. Es entsteht eine Lose-Lose-Situation: Die öffentliche Hand spart nichts ein, K & KA verlieren Einkommen sowie berufliche Perspektiven. Eine Teilnehmerin formuliert es so: „Es fühlt sich nach einem Berufsverbot an.“

---

<sup>1</sup> Ausnahmeregelungen: <https://www.ams.at/arbeitsuchende/arbeitslos-was-tun/arbeitslos-geringfuegig-beschaefigt>

<sup>2</sup> Folgend „K & KA“ genannt

Personen, die keinen Anspruch auf Mindestsicherung haben, geraten in existenzbedrohende Situationen. Langfristige Folgen sind Branchenwechsel, Schwarzarbeit und Abwanderung. Aufgrund der ohnehin niedrigen Einkommen und der hohen Armutsgefährdung in der Szene können kaum Rücklagen gebildet oder anderweitig vorgesorgt werden.

„Absolute Existenznot“

Teilnehmende sprechen von „absoluter Existenznot“ und davon, ihre Fixkosten nicht mehr decken zu können. Neben der Mindestsicherung müssen sämtliche verfügbaren öffentlichen Unterstützungen beantragt werden, etwa Kinderbetreuungszuschuss, Wohnbeihilfe, Rezeptgebührenbefreiung oder ORF-Beitragsbefreiung – was die Menschen zu Bittstellern und abhängig von Transferleistungen macht, was sie keineswegs sein wollen.

Viele äußern Sorge, finanziell von Partner:innen abhängig zu werden oder ihre Familien nicht ausreichend absichern zu können. Zudem sehen sie die Kulturlandschaft österreichweit gefährdet, weil „die vielen kleinen Dinge wegfallen“.

Arbeitgeber:innen wiederum berichten, dass viele Anstellungen über der Geringfügigkeitsgrenze aufgrund begrenzter Budgets selten finanzierbar sind. Gleichzeitig werden deutlich weniger Jahresanstellungen ausgereicht, mehr und mehr wird mit freischaffenden Künstler:innen (Gästen) und projektweise gearbeitet. Auch sie befürchten Personalmangel.

**Scheinselbstständigkeit** war in der Kulturbranche lange ein zentrales Problem, das in den vergangenen Jahren – auch infolge der offensichtlich gewordenen sozialen Absicherungslücken während Covid – verstärkt bekämpft wurde. Der Trend ging hin zu regulären (befristeten, projektweisen) Anstellungen, was aufgrund von Weisungsgebundenheit und fehlender Vertretungsmöglichkeit der korrekten Beschäftigungsform entspricht. Die ÖGK führte zudem vermehrt Prüfungen durch und veranlasste Umstellungen auf (befristete) Dienstverhältnisse – eben um eine bessere soziale Absicherung zu erreichen, etwa auch den Bezug von AMS Geldern.

Freie Szene: Keine kollektivvertragliche Abdeckung.

Die hybride Erwerbstätigkeit der Freien Szene wird nicht durch Kollektivverträge abgedeckt oder geschützt, auf Teilzeit-/Vollzeit-/Daueranstellungen gibt es keinen Anspruch. Ein Zuverdienstverbot konterkariert daher die Lebens- und Erwerbsrealität der Künstler:innen.

Und: Diese Entwicklungen betreffen nicht nur den Kulturbereich, sondern alle saison- und projektabhängigen Branchen, etwa Bau oder Landwirtschaft. Es handelt sich um ein österreichweites Problem.

Politik und Sozialversicherung: Herausforderung hybride Beschäftigung

K & KA fühlen sich von der Politik übergangen. Sie erleben es als Bestrafung, dass ihr Arbeitswille in branchentypischen Pausen negative Konsequenzen hat. Aufgrund der projekt- und saisonabhängigen Struktur entstehen regelmäßig beschäftigungsfreie Zeiten, etwa im Sommer, wenn Häuser geschlossen sind und keine Entgeltfortzahlung erfolgt. Das betrifft nicht nur die freie Szene, sondern auch große Institutionen: In der Umfrage meldeten sich etwa fallweise Beschäftigte der Volksoper; auch Engagements am Burgtheater oder beim ORF wurden genannt.

Kleine Engagements, Workshops und Vorstellungen summieren sich zu einem Einkommen, das das Überleben sichert – ein fragiles, aber etabliertes Arbeitsmodell.

Damit verbunden ist ein strukturelles Problem: Österreich hat kein tragfähiges SV-Modell für Hybridbeschäftigung und **Arbeitslosengeld für Selbständige**. Personen, die gleichzeitig angestellt und selbstständig tätig sind und nicht durchgehend beschäftigt werden, zahlen zwar bei beiden SV-Trägern ihre Beiträge. Doch nur das Einkommen aus dem unselbstständigen Dienstverhältnis dient als Grundlage für die Arbeitslosenversicherung. Das bestehende Modell der (freiwilligen) Arbeitslosenversicherung für Selbständige existiert zwar auf dem Papier, ist in der Praxis aber nicht tauglich. Hier braucht es dringend ein tragfähiges Modell.

Die komplexe Erwerbssituation führt zudem zu schwer kalkulierbaren Nachzahlungen bei Sozialversicherung und Finanzamt. Trotz langjähriger Forderungen aus dem Kulturbereich fehlt bis heute eine strukturelle Lösung für dieses verbreitete, prekäre Erwerbsmodell.<sup>3</sup>

Teilnehmer:innen betonen, dass es nicht nur um ihre persönliche Situation geht, sondern um die Arbeitsrealität einer gesamten Branche. In anderen europäischen Ländern existieren Modelle, die hybride Erwerbsformen berücksichtigen, etwa das Grundeinkommensmodell für Künstler:innen in Irland, das französische System der *Intermittence du spectacle* oder die Künstlersozialkasse in Deutschland.

Die Abschaffung des Zuverdienstes widerspricht zudem der Logik des Arbeitslosengeldes: Leistungsbeziehende sollen für die nächstmögliche Arbeit verfügbar sein und sich aktiv bewerben. In der Praxis bedeutet die neue Regelung jedoch, dass Jobs abgelehnt werden müssen, um weiterhin Anspruch auf AMS-Leistungen zu behalten.

---

<sup>3</sup> Forderungen zum Thema hybride Beschäftigung: [https://freietheater.at/blog\\_entry/presseaussendung-staerkt-die-kunst-umfrage-zu-fairness-und-politik-in-zeiten-der-krise/](https://freietheater.at/blog_entry/presseaussendung-staerkt-die-kunst-umfrage-zu-fairness-und-politik-in-zeiten-der-krise/)

## Ausgewählte Rückmeldungen<sup>4</sup>

- <b>Existenzbedrohung</b>
- [...] Ich muss in Zukunft entweder künstlerische Projekte sein lassen, oder den <b>Beruf wechseln</b> . Die Zeit ohne künstlerische Anstellung ist somit existenzgefährdend. Da ich z.B. zwischen einem Sommerengagement und dem Probenbeginn im November dann einen Nebenjob brauche, der bereit ist, mich für nur 2 Monate anzustellen.
- Katastrophale Auswirkungen. AMS-Bezüge waren oft so niedrig, dass ich ohne Zuverdienst meinen Lebensunterhalt nicht hätte zahlen können (Wohnung, Betriebskosten, Lebensmittel, also ausschließlich die <b>notwendigsten Kosten</b> ).
- Ich nutze meinen Zuverdienst, um eine <b>Ausbildung oder Qualifizierung zu finanzieren, die mir langfristig bessere Chancen am Arbeitsmarkt ermöglichen soll</b> . Wenn der Zuverdienst wegfällt, könnte ich mir diese Maßnahme nicht mehr leisten.
- Ich müsste mich zwischen kleineren künstlerischen Jobs (von denen ich nicht leben kann) und dem AMS-Bezug entscheiden, und zwar aus existenziellen Gründen wahrscheinlich gegen die kleineren Jobs. Das würde mich künstlerisch sehr ausbremsen und hätte auch weniger größere Folgejobs als Konsequenz. Vor allem <b>in den ersten Berufsjahren</b> , in denen man sich <b>ein Netzwerk</b> erst aufbauen muss, sind <b>kleinere künstlerische Jobs sehr wichtig</b> , auch wenn sie den Lebensunterhalt noch nicht finanzieren können.
- Ich muss im Monat so viel verdienen, dass es reicht. Wenn das Arbeitslosengeld wegfällt, weil z.B. einmal Tantiemen reinkommen oder man eine Lesung für 150 Euro macht, dann werden all <b>die kleinen Dinge nicht mehr stattfinden</b> . Es bedeutet das Ende des freien Künstler:innentums. Das politische Ziel, mehr Menschen in eine Anstellung zu bringen, greift bei Künstler:innen null, da es kaum Anstellungen in diesem Bereich gibt. Man zerstört somit eine freie Kulturlandschaft.
- Ich könnte Engagements, bei denen ich nur eine Vorstellung pro Monat habe, nicht annehmen. Diese Nicht-Ensuite-Vorstellungen sind aber üblich in unserer Branche (wie z.B. auch am <b>Burgtheater</b> ).
- Ich bin immer wieder tageweise z.B. für den <b>Rundfunk</b> tätig (Ö1 Radiogesichten z.B. - und die werden (anders als Hörspielaufnahmen mit tageweiser Anmeldung) über Honorarnoten verrechnet. Das wäre dann wohl nicht mehr möglich.
- Es wäre schrecklich, wie soll ich mit so wenig AMS-Bezug über die Runden kommen? Ich arbeite seit vielen Jahren an guten Theatern oder drehe immer wieder. Dennoch ist mein AMS-Anspruch eher bescheiden und ohne geringfügigen Zuverdienst wäre es nicht machbar, das Leben zu bestehen.
- Es ist jetzt schon schwer genug, sich finanziell über Wasser zu halten und <b>ein "Durchschnittsgehalt" aus mehreren Einkommensquellen</b> zusammenzubasteln. Wenn der Zuverdienst wegfällt, verliere ich den Anschluss an meine Branche und die Hälfte meiner Existenzgrundlage!
- Der Wegfall des Zuverdienstes als Möglichkeit des Einkommens im Krisenfall würde nicht nur mich, sondern auch <b>meine Familie gefährden</b> .

<sup>4</sup> Alle Zitate wurden auf Rechtschreibung und gendergerechte Sprache geprüft und dahingehend geändert. Ggf. wurde der Satzbau geringfügig verändert, um die Aussage besser hervorzuheben.

- |   |
|---|
| - <i>Arbeitsverbindungen zu verschiedenen Theatern sowie kleine Dreharbeiten werden unmöglich und haben somit Auswirkung auf <b>das Netzwerk, über das ich Anstellungen bekomme</b>. Die 550€ Zuverdienst sind in den Monaten, in denen ich beim AMS bin, existenziell. So oder so bewege ich mich unter der <b>Armutsgrenze</b>, jetzt wird es nur eben noch prekärer.</i>   |
| - <i>[...] Viele kleine Engagements, Workshops und Vorstellungen <b>summieren</b> sich erst über die Zeit zu einem existenzsichernden Einkommen. Bei Streichung fällt dieses fragile, aber <b>lebenswichtige Modell</b> weg.</i>  |
| - <i>SchauspielerIn/Theater: Ich kann mir meine Anstellungsverhältnisse nicht aussuchen. Bei vereinzelt Vorstellungen bin ich nur am Vorstellungstag tageweise angestellt und somit auch nur tageweise versichert. Da brauche ich die <b>durchgehende Versicherung durch das AMS</b>, auch für die Pensionsversicherung. Mit Wegfall des Arbeitslosengeldes an den anderen Tagen des Monats kann ich mir meinen Job (also auch die vollangestellten Proben davor) nicht mehr leisten. Es fühlt sich nach einem Berufsverbot an.</i> |
| - <i>Zunehmende Verunsicherung und <b>weniger Vertrauen in die Regierung</b>, Existenzängste ohne regelmäßige Aufträge, mögliche Aufgabe meiner künstlerischen Tätigkeit.</i>   |

## Zentrale Forderungen

Die Umfrageergebnisse zeigen, wie real die Angst vor dem Verlust der künstlerischen Arbeit und dem sozialen Absturz ist – und wie kontraproduktiv die Neuregelung wirkt. In einer Szene, die von Kurzzeitbeschäftigung und Projektarbeit lebt, braucht es flexible Lösungen. Kunst und Kultur sind oft nicht ausreichend bezahlte Arbeit – und sie brauchen soziale Absicherung, die diese Realität abbildet.

Die IGFT fordert daher eine rasche Nachbesserung der Regelung: Ein Zuverdienstmodell, das projektbasierte Arbeit ermöglicht, statt sie zu verhindern. Nur so können viele Künstler:innen und Kulturarbeitende in ihrem Beruf bleiben, ihre Qualifikationen weiterentwickeln und überhaupt wieder aus dem AMS-Bezug herauskommen.

### **1. Wiedereinführung bzw. Anpassung des Zuverdienstes beim AMS an projektbasierte Erwerbsformen**

- Einführung eines **Zuverdienstmodells, das projektbasierte Arbeit ermöglicht**, ohne den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu verlieren.
- Kleine, unregelmäßige Tätigkeiten und Präsenz im Arbeitsumfeld (z. B. Lesungen, Workshops, einzelne Vorstellungen) sollen **nicht zum Verlust des gesamten Leistungsanspruchs führen**
- Berücksichtigung der realen Arbeitsstruktur im Kunst- und Kulturbereich (Kurzzeitengagements, tageweise Anstellungen, saisonale Pausen)

### **2. Verhinderung von Scheinselbstständigkeit und illegaler Arbeit**

- Rahmenbedingungen schaffen, die legale Beschäftigung ermöglichen, statt Menschen in **Scheinselbstständigkeit oder Schwarzarbeit** zu drängen.

### **3. Entwicklung eines Modells für hybride Erwerbsformen**

- Einführung eines sozialversicherungsrechtlichen Modells für **Hybridbeschäftigung** (gleichzeitige selbstständige und unselbstständige Tätigkeit).
- Ein tragfähiges **Arbeitslosengeld-Modell für Selbständige** schaffen
- **Orientierung an europäischen Modellen** (z.B. aus Frankreich, Irland oder Deutschland)
- Regelungen, die **Übergangszeiten zwischen Projekten absichern**, ohne berufliche Tätigkeit zu verhindern.

### **4. Sicherung der kulturellen Infrastruktur**

- Maßnahmen, die verhindern, dass durch die Regelung **kleine Engagements, Workshops und Projektarbeit wegfallen**.
- Sicherstellung, dass **die Vielfalt im Kultur- und Veranstaltungsbereich** erhalten bleiben.

## Zusammenfassung

### **Das Aus des Zuverdienstes neben dem AMS Bezug bedroht Künstler:innen und wird teuer.**

Die IG Freie Theaterarbeit warnt: Neue Zuverdienstregeln drängen Künstler:innen aus dem Beruf und gefährden die Vielfalt an Veranstaltungen und Produktionen in Österreich.

Die Neuregelung trifft in Kunst und Kultur genau jene Arbeitsrealität, die für die (freie) Szene typisch ist: kurze Engagements, tageweise Anstellungen, unplanbare Projektzeiten, wechselnde Auftraggeber:innen. Wer etwa eine einzelne Vorstellung, einen Workshop, eine Lesung oder einen Sprecher:innenjob annimmt, riskiert künftig den gesamten Anspruch auf AMS-Leistungen – selbst wenn das Honorar deutlich unter der Geringfügigkeit liegt. Das erzeugt einen gefährlichen Widerspruch: Arbeiten wird finanziell unattraktiv oder sogar unmöglich, weil kleine Jobs zum Verlust der gesamten Absicherung führen können.

Die Befragten schildern zudem, dass nicht nur das Einkommen wegbricht, sondern auch der berufliche Anschluss: Kleine Projekte bedeuten eine konstante Präsenz im Arbeitsfeld und sind oft der Einstieg in größere Kooperationen. Wenn diese Möglichkeiten wegfallen, sinkt die Chance auf Folgeengagements. Mehrfach wird betont: „Wir wollen arbeiten“ – aber unter den neuen Regeln würden ausgerechnet jene bestraft, die aktiv bleiben, präsent sein und ihr Netzwerk erhalten müssen. Ein AMS-Bezug ist für Künstler:innen kein Dauerbezug, sondern ein finanzieller Bestandteil einer Überbrückung zwischen Aufträgen.

Auch Arbeitgeber:innen – also etwa Theaterbetriebe, Veranstalter:innen von Lesungen, Theatergruppen – warnen vor Folgen: Wenn Kolleg:innen keine kleinen, kurzfristigen Tätigkeiten mehr annehmen können, werden Produktionen schwieriger umsetzbar. Zudem droht eine Verlagerung in unzulässige Arbeit: Einige Rückmeldungen sprechen offen davon, dass Menschen „zur Illegalität gezwungen“ würden, wenn legale geringfügige Tätigkeiten nicht mehr möglich sind.

Die IGFT sieht damit nicht nur individuelle Existenzen gefährdet, sondern die Realität einer gesamten Branche. Wenn Künstler:innen in Zeiten zwischen Projekten gezwungen sind, branchenfremde Vollzeitjobs anzunehmen, verlieren sie die Verfügbarkeit für Proben- und Produktionszeiträume. Das Ergebnis ist schlicht: Wer nicht verfügbar ist, bekommt keine Engagements – wer aber verfügbar bleibt, kann ohne Zuverdienst nicht leben.

## Weitere Materialien

- [Unkommentierte Umfrageergebnisse zum AMS Zuverdienst](#)
- [Umfragebericht: Fairness und Politik in Zeiten der Krise: Was erwartet ihr?](#)
- [Ausnahmeregeln zum geringfügigen Zuverdienst beim AMS](#)
- [Honoraruntergrenzen der IGFT](#)
- [Basic income for the Arts \(Ireland\)](#)
- [Künstlersozialkasse in Deutschland](#)
- [Information zum "Intermittence du Spectacle" auf Deutsch beim mica – music austria](#)

### Rückfragen:

Ulrike Kuner, Geschäftsführung IGFT  
[u.kuner@freietheater.at](mailto:u.kuner@freietheater.at)

### Die IGFT auf Social Media:

Facebook: [IG Freie Theaterarbeit](#)  
Facebook Mitglieder Gruppe: [IGFT Mitglieder Community](#)  
Signal Mitglieder Gruppe: [IGFT Community](#)  
Instagram: [@ig\\_freietheaterarbeit](#) [@theaterspielplan\\_at](#)  
Podcast SPIELFLÄCHE: auf [Spotify](#) & unserer [Website](#)

[freietheater.at](#)  
[theaterspielplan.at](#)  
[proberäume.at](#)  
[zirkusinfo.at](#)

### Wir sind Mitglied bei EAIPA - European Association of Independent Performing Arts:

Website: [www.eaipa.eu](http://www.eaipa.eu)  
Facebook: [EAIPA European Association of Independent Performing Arts](#)  
Instagram: [@eaipa\\_association](#)